

### Amerika und die Frage der bewaffneten Handelsschiffe

Die im heutigen Morgenblatt veröffentlichten Depeschen über die Verhandlungen des Senates der Vereinigten Staaten bedeuten, daß die Partei, die die bekannten Erklärungen Deutschlands über die bewaffneten Handelsschiffe nicht anerkennen will, die Mehrheit im Senate besitzt. Die vom demokratischen Senator Gore vorgeschlagene Resolution wollte die Amerikaner von Staates wegen warnen, mit bewaffneten Handelsschiffen zu reisen. Gore habe nach Prehmelungen schon vor dieser Senatsitzung erklärt, er glaube nicht, daß Deutschland je die Unverletzlichkeit solcher Handelsschiffe zugestehen werde, und er glaube im ferneren nicht, daß die öffentliche Meinung Amerikas einen Krieg mit Deutschland aus Gründen dieser Weigerung gutheißen würde. Man vergebe der nationalen Ehre und Würde durchaus nichts, wenn man die Amerikaner vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen warne.

Die Kollegen des Senates aber waren nicht seiner Meinung. Sie vertagten die Resolution mit 68 gegen 14 Stimmen auf unbestimmte Zeit. Und merkwürdigerweise melden Zeitungsberichte, Gore selber habe schließlich für die Vertagung seiner eigenen Resolution gestimmt. Aus welchen Gründen ist allerdings nicht ersichtlich. In den Havas-Meldungen über den Verlauf der Sitzung wird die Abstimmung als ein entschiedener Sieg Wilsons bezeichnet. Wilson habe — nach einer Wolff-Meldung aus Washington — den Senatoren und Repräsentanten gegenüber ausdrücklich den Standpunkt vertreten, die Vereinigten Staaten müßten sich in der Behandlung der Unterseebootsfrage an das bestehende Völkerrecht halten, weil, wenn ein anderer Weg eingeschlagen würde, die Vereinigten Staaten in dem Verkehr mit den fremden Nationen nicht den geraden Weg würden gehen können. Beide im Kriege befindlichen Parteien, sagte Wilson, begingen zur Wiedervergeltung für Taten der Gegenpartei Handlungen, die dem Völkerrecht nicht streng entsprechen. Die Warnung an die Amerikaner, sich von bewaffneten Handelsschiffen fernzuhalten, würde eine Anerkennung der Berechtigung, solche Schiffe anzugreifen, bedeuten.

Wenn auch die bisherigen spärlichen Nachrichten keine volle Klarheit geben, so ist doch sicher, daß die Vertagung der Resolution Gore einer Verschärfung der Spannung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gleichkommt.